Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin:	Freitag, 26.01.2018
Sitzungsbeginn:	16:38 Uhr
Sitzungsende:	22:10 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder
Vorsitz
Frau Marianne Wölk - SPD
reguläre Mitglieder
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Frau Myriam Hövel - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Heinrich Löwer - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Frau Anna Rembas - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Frau Sonja Sell - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Dirk Bamberger - CDU
Herr Joachim Brunnet - CDU
Herr Oliver Hahn - CDU
Herr Hermann Heck - CDU
Herr Manfred Jannasch - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Lars Küllmer - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Herr Roger Pfalz - CDU
Frau Runhild Piper - CDU
Herr Mathias Range - CDU

Herr Hans-Martin Reissner - CDU	
Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU	
Frau Karin Schaffner - CDU	
Herr Jens Seipp - CDU	
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen	
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen	
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Frau Renate Bastian - Marburger Linke	
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Herr Roland Böhm - Marburger Linke	
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke	
Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke	bis TOP 11.2
Frau Inge Sturm - Marburger Linke	
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL	
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL	
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	
Herr Roland Frese - BfM	
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD	- entschuldigt -
Frau Alexandra Klusmann - SPD	- entschuldigt -
Herr Gerald Weidemann - SPD	- entschuldigt -
Frau Angela Dorn-Rancke - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke	- entschuldigt -
Frau Gabriele Mensing - BfM	- entschuldigt -

Mitglieder des Magistrats

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD	
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU	
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD	
Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD	
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe – SPD	- entschuldigt -
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD	
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU	
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU	- entschuldigt -
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU	
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen	
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke	
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP	- entschuldigt -
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM	

Protokoll

Herr Lothar Sprenger, Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zur heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Anschließend unterbricht die Stadtverordnetenvorsteherin die Sitzung um 16:39 Uhr für die Durchführung der Einwohner/innenfragestunde. Um 17:09 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk verweist auf den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und der Piratenpartei, der jedoch das für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum nicht erreicht (siehe dazu TOP 10.1).

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt anschließend die Tagesordnung für die heutige Sitzung unter Berücksichtigung der zurückgestellten und zurückgezogenen Vorlagen und Anträge vor. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.12.2017

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2017 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes um 18.05 Uhr übernimmt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Heck die Sitzungsleitung.

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 14 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:
Kann der Magistrat dafür sorgen, dass in Höhe des Friedhofes Ginseldorf ein Verkehrssiegel angebracht wird, damit die Verkehrsteilnehmer aus der Straße „Seelheimer Weg“ kommend eine bessere Sicht auf die Hauptstraße haben? Durch einen Spiegel könnten gefährliche Situationen vermieden und damit evtl. Unfällen vorgebeugt werden. Verkehrsteilnehmer haben sich schon öfters über die fehlende Sicht beschwert und erklärt, dass es in der Vergangenheit öfters zu gefährlichen Verkehrssituationen gekommen sei.

Stellungnahme/Antwort durch:	**FD 33 - Straßenverkehr**
Dezernent/Dezernentin:	**Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies**

Stellungnahme/Antwort:
Die Fachdienste Tiefbau und Straßenverkehr prüfen zusammen mit dem regionalen Verkehrsdienst der Polizei, ob an der Einmündung des Seelheimer Weges auf die Hauptstraße angebracht werden kann.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Uwe Meyer
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Welche Gründe sprachen für die Erteilung einer Fällgenehmigung einer über 300 Jahre alten Eiche im Schubbelackerweg, die darüber hinaus auch im Baubauungsplan als Naturdenkmal ausgewiesen war, obwohl das betreffende Grundstück sich noch im Verkauf befindet und offenbar weder eine Baugenehmigung noch ein konkretes Gebäude in Sicht sind?
Falls das Naturdenkmal ohne Genehmigung gefällt wurde, welches sind die Maßnahmen, die der Magistrat unternimmt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Fragen zu den Gründen, warum die Eiche gefällt werden musste, wurden bereits in der Magistratssitzung am 10.10.2016 gestellt und von dem damals zuständigen Dezernenten Dr. Kahle beantwortet.
Der zuständige Baumsachverständige des Fachdienstes Klimaschutz, Stadtgrün und Friedhöfe hat ausführlich Stellung genommen:

„Stellungnahme zu Baumfällung Eiche am Schubbelackerweg

Am Wochenende 17. / 18.09.2016 ist aus der betroffenen Eiche die Hälfte der Krone in die angrenzende unbebaute Wiesenfläche ausgebrochen.

Dieser bedauerliche Umstand ist der Tatsache einer Vorschädigung im Kronenansatz geschuldet, dort wo der Hauptstamm sich in zwei gleichberechtigte Stämmlinge teilt. Anhand des Schadbildes lässt sich zweifelsfrei auf eine Rissbildung an der Verbindungsnaht beider Stämmlinge schließen (dunkle Verfärbung des freigelegten Kernholzbereiches und eingewachsene Rindenwülste an den Rändern beider Nahtflächen). Dies bedeutete insbesondere eine gestörte Kraftableitung der einwirkenden Windlasten von der Baumkrone über Stamm und Wurzeln ins Erdreich. Der Defekt stellte eine Sollbruchstelle am Hauptstamm dar, die ein Bruchversagen unter Lasteinwirkung begünstigt.
Durch die Rissbildung hatte der Stamm an der Stelle um mehr als 50 % seines tragfähigen Querschnittes verloren. Entsprechend sinkt auch das Widerstandsmoment gegen einwirkende Lasten. Verstärkt wird diese Tatsache durch die Vergrößerung der Wunde nach dem Bruchversagen. Der Bruchstämmling hat den Hauptstamm noch weit bis ins gesunde Holz eingerissen (s. heller Holzbereich der Bruchwunde).

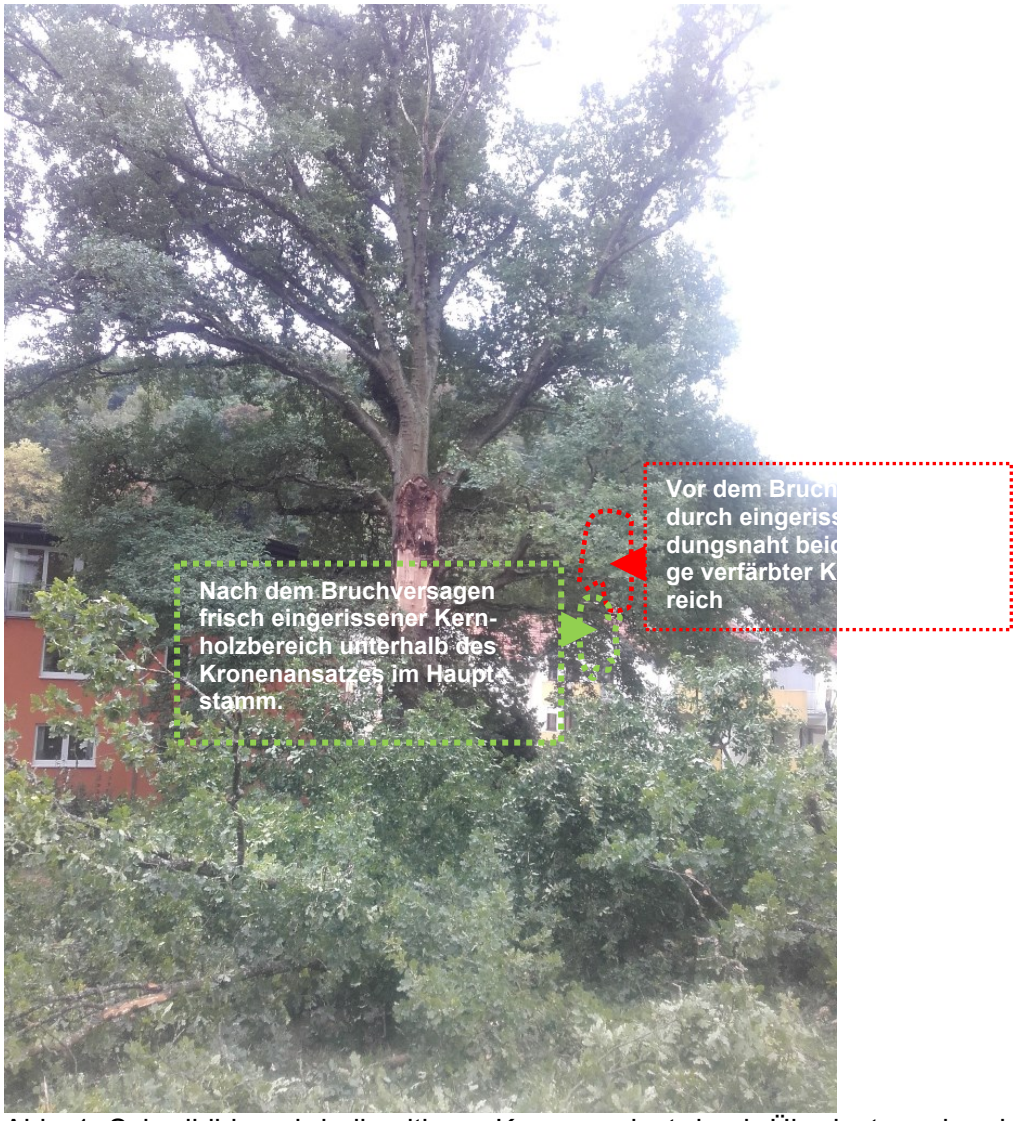

Abb. 1: Schadbild nach halbseitigem Kronenverlust durch Überlastungsbruch an der eingerissenen Verbindungsnaht

Für die verbliebene Restkrone hätte besonders bei einwirkenden Windlasten ein immens hohes und unkalkulierbares Bruchrisiko auf den angrenzenden Wohnblock Alter Kirchhainer Weg 40 bestanden. Die Verkehrssicherungspflicht gebot hier sofortiges Handeln.
Aufgrund der aus baumsachverständiger Sicht unumstritten erkennbaren Gefährdungslage, bestand der Sachzwang seitens der Stadt, die Fällung der Resteiche nach § 5 Abs. 4 der Baumschutzsatzung unverzüglich freizugegeben. Nur so konnte einem weiteren Schadensereignis möglicherweise mit Personenschaden vorgebeugt werden.

Die Vitalität des Baumes und die Holzqualität am Stammfuß haben für das Schadensereignis keine Bedeutung. Vitalität und Statik eines Baumes sind für eine Beurteilung von Schadensfällen differenziert zu betrachten.

Sowohl aufgrund des im Bebauungsplan zum Erhalt festgesetzten Baumstandortes als auch nach den Bestimmungen der Baumschutzsatzung ist der Eigentümer zu einer Ersatzpflanzung verpflichtet.“

Zudem wurde im Rahmen einer Pressemitteilung die Bevölkerung über die Hintergründe informiert.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Hans-Werner Seitz
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Wann ist das geplante Ende der Umgestaltung des Firmaneiplatzes, und für wann erwartet der Magistrat die Fertigstellung der Umgestaltung?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Der 5. Bauabschnitt Umfeldgestaltung Elisabethkirche (Firmaneiplatz) sollte bereits im vergangenen Jahr umgesetzt werden, wurde aber im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zunächst zurückgestellt. In Abstimmung zwischen den Fachdiensten 61 und 66 ist geplant, 2018 das Natursteinmaterial auszuschreiben. Die Bauausführung soll in 2019 erfolgen. Die Mittel hierfür sind als VE im Haushalt 2018 eingestellt. Weitere Voraussetzung für den Ausbau ist die Genehmigung des geänderten Entwurfs für den 5. BA durch den Magistrat.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Hans-Werner Seitz
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Welche Sanktionsmöglichkeiten hat der Magistrat bzw. nutzt er, wenn das Verbot von Einwegbechern, wie unlängst bei "Marburg b(u)y night" seitens einiger Getränkeanbieter nicht beachtet wird? Wie soll dem in Zukunft Nachdruck verliehen werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Die Verwendung von wiederverwendbaren Getränkebehältnissen und Mehrweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen ist durch die Abfallsatzung der Stadt Marburg auf öffentlichen Flächen und in Einrichtungen der Stadt vorgeschrieben. Den Veranstaltern und Standbetreibern wird die Verwendung von Mehrweggeschirr bei öffentlichen Veranstaltungen angeordnet.

Bei einem festgestellten oder angezeigten Verstoß gegen Anordnungen können Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet werden.

In Bezug auf die Veranstaltung „Marburg b(u)y night“ gab es eine Mitteilung, dass an zwei Stellen Styroporbecher verwendet wurden. In einem der Fälle sollen die Becher aus einer Gaststätte heraus verkauft worden sein. Mit dem Veranstalter „Stadtmarketing e. V.“ wurde umgehend Kontakt aufgenommen. Für beide Verkaufsstellen wurden Verwarnungen ausgesprochen. Die Einhaltung wird im kommenden Jahr stärker überwacht.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, ob die Straßenbeleuchtung des Arzbachweges/Schwarzenbornweges; Wiesentalweges und des Fußweges in Richtung Elisabethbrunnen in Schröck wie vom Ortsbeirat im Juni 2017 beantragt im Haushalt 2018 vorgesehen ist oder wann mit einer Verkehrssicherung für Fußgänger zu rechnen ist.

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Die Straßenbeleuchtung im Schwarzenborn- und Wiesentalweg kann in 2018 realisiert werden. Die Kosten dafür müssen jedoch gemäß Erschließungsbeitragssatzung von den Anliegern mitgetragen werden. Vorab soll daher zunächst eine Anliegerinformation vorgenommen werden.
Der Fuß- und Radweg zwischen der Ortslage von Schröck und Elisabethbrunnen bzw. den Sportanlagen wird nach unserer Einschätzung bei Dunkelheit nicht so stark genutzt, dass eine durchgehende Beleuchtung verhältnismäßig wäre. Die Anlage einer Beleuchtung ist daher gegenwärtig nicht vorgesehen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, ob der Ausbau des Fußweges zwischen „Himbornstraße“ und „Zum Himmrich“ in Schröck in 2018 erfolgt und ob der Ortsbeirat bei einer Namensgebung eingebunden wird.

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:
Aufgrund der Enge der Graben- und Wegeparzelle würde ein regelgerechter Ausbau unverhältnismäßige Kosten hervorrufen. Es ist aber beabsichtigt, eine Befestigung in wassergebundener Bauweise vorzunehmen.
Über den genannten Verbindungsweg werden keine Grundstücke erschlossen. Daher ist eine Aufnahme in das städtische Straßenverzeichnis mit Namensgebung derzeit nicht vorgesehen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Der Straßenübergang mit Ampelschaltung Universitätsstr/Gutenbergstr. ist einer der von Fußgängern höchst frequentierten Fußgängerüberwege in Marburg. Offensichtlich scheinen ausgerechnet an dieser Ampel die Autofahrer privilegiert zu werden, da Fußgänger*innen bei Kälte und Regen zwei lange Ampelphasen abwarten müssen, bis sie endlich die Straße überqueren dürfen. Warum werden Fußgänger*innen so benachteiligt; ist dies etwa ein Hinweis auf ein rollback zur autogerechten Stadt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
An der Lichtsignalanlage Universitätsstraße/Gutenbergstraße bekommen die querenden Fußgängerinnen und Fußgänger grundsätzlich in jedem Umlauf eine Grünphase, sofern eine Tasteranforderung vorliegt. Im Rahmen der Beantwortung dieser kleinen Anfrage wurden mehrere Ortsbesichtigungen, zu verschiedenen Zeiten, sowie eine mehrstündige Auswertung über den Verkehrsrechner durchgeführt. Die Straßenverkehrsbehörde hat hierbei aber keine Abweichungen von der regulären, teilverkehrsabhängigen Schaltung feststellen können.

Gerade an dieser Anlage ist aber aus Erfahrung bekannt, dass trotz der hohen Anzahl von Fußgängerinnen und Fußgängern gelegentlich niemand den Anforderungstaster drückt, da sich alle neu eintreffenden Passantinnen und Passanten darauf verlassen, dass der Taster bereits gedrückt wurde. Diesem Umstand soll dadurch Rechnung getragen werden, dass im Zuge der Teilerneuerung der Lichtsignalanlage, die durch die Umgestaltung des Allianzhauses notwendig wird, an allen Fußgängerfurten Hinweise zur Anforderungsbestätigung installiert werden. Diese weißen Hinweissignale mit der Aufschrift „Grün kommt“ haben sich an anderen Stellen bereits bewährt.

Weiterhin führt die ÖPNV-Beschleunigung gelegentlich dazu, dass Busse, deren Beschleunigungssignal zu einem ungünstigen Zeitpunkt im Ampelumlauf eingeht, einzelne Fußgängerphasen unterdrücken können, um den Fahrplan einzuhalten. Diese Eingriffe durch die Busbeschleunigung können aber grundsätzlich an fast allen Lichtsignalanlagen auf der Innenstadtachse auftreten. Aufgrund der hohen ÖPNV-Dichte in der Universitätsstraße ist es aber durchaus möglich, dass hier häufiger Fußgängerphasen übergangen werden, als an anderen Lichtsignalanlagen. Eine Änderung der ÖPNV-Beschleunigung ist ohne spürbare Einschränkungen nicht möglich, da Busse, die ohnehin hinter dem Fahrplan zurückliegen, noch weiter verzögert würden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08 wurde zurückgezogen.

Kleine Anfrage Nr. 09
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Uli Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:
Welche Reaktionen (Anregungen, Kritik, Verärgerung) gab es von Marburger BürgerInnen auf die letzte Fahrplanumstellung und welche Korrekturen haben die Stadtwerke daraufhin vorgenommen bzw. welche Anregungen halten die Stadtwerke für nicht umsetzbar?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Zur letzten Fahrplanumstellung gab es vermehrte Kritik, die sich in der Hauptsache auf die veränderte Verbindung zu den Lahnbergen und zum Studentendorf bezogen hat.
Bereits zum 02.01.2018 wurde eine kleine Fahrplanänderung auf der Linie 2 durchgeführt, um die Verbindung zum Studentendorf am Abend wieder zu verbessern.
Die folgenden Korrekturen wurden in Beschwerden gefordert und sind z.Zt. noch in der Planung:
- Verdichtung der Linie 2 von Montag bis Freitag in den Hauptverkehrszeiten auf einen 15-Minuten-Takt
- Anpassung der Abfahrtszeiten der Linie 2 am Sonntag in Richtung Studentendorf auf den Schienenanschluss
- Zusätzliche Fahrt auf der Linie 12 um 5:13 Uhr zum Anschluss in Richtung Klinikum und am Südbahnhof an die Schiene
- Zusätzliche Fahrt auf der Linie 16 nach 23:00 Uhr
- Schließung der Fahrplanlücke für den Stadtwald am Samstag zwischen 17:43 Uhr und 20:39 Uhr

Eine Umsetzung soll zum nächst möglichen Zeitpunkt erfolgen – voraussichtlich zum 26.02.2018.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Christian Schmidt
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
An der Fußgängerampel in der Biegenstraße auf Höhe des Kunstgebäudes und der Universitätsverwaltung ist bei Grünphasen kein akustisches Signal für sehbehinderte Menschen vernehmbar. Gedenkt der Magistrat diesen Missstand im Sinne der Barrierefreiheit zu beheben?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Bei der Gestaltung der Fußgängerschutzanlage Biegenstraße/Wolffstraße/Savignystraße handelt es sich nicht um einen Missstand der Barrierefreiheit, sondern um eine beabsichtigte und in Marburg mittlerweile durchaus übliche Verfahrensweise.

Bereits seit einigen Jahren wird von den Mobilitätstrainern der Deutschen Blindenstudienanstalt befürwortet, dass die durch Blindenfreigabetöne entstehenden Lärmemissionen dadurch reduziert werden, dass Menschen mit einer Sehbehinderung, eine akustische Freigabe separat anfordern müssen. Bisher wurde die Freigabetöne auch eingeschaltet, auch wenn keine sehbehinderten Menschen queren wollten.

Bei einigen neuen und umgebauten Lichtsignalanlagen wurden daher, entsprechend der DIN 32981 „Einrichtungen für blinde und sehbehinderte Menschen an Straßenverkehrs-Signalanlagen (SVA)“, in den letzten Jahren Anforderungstaster verbaut, die auf der Unterseite einen verdeckten Taster haben, mit dem sehbehinderte Menschen zur Unterstützung der Straßenüberquerung ein akustisches Signal anfordern können. Sollte dieser Taster nicht gedrückt werden, erfolgt auch keine akustische Hilfe. Gerade in der stark belebten Innenstadt wird diese Verfahrensweise von den Anliegerinnen und Anliegern der Lichtsignalanlagen positiv zur Kenntnis

genommen.

Der Pilotton, an dem sich sehbehinderte Menschen orientieren, um eine Fußgängerampel zu finden, ist hiervon natürlich nicht betroffen. Das vorgenannte System wurde in der Vergangenheit bereits ohne Probleme, u. a. an folgenden Lichtsignalanlagen installiert:

- LSA Bahnhofstr./Krummbogen
- LSA Bahnhofstraße/Robert-Koch-Str.
- LSA Biegenstr./Savignystr./Wolffstr.
- Cappeler Str./Beltershäuser Str.

Die Blista und die hier bekannten Sehbehindertenverbände werden natürlich entsprechend informiert, wenn an den Tastern Änderungen vorgenommen werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Winfried Kissel
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:
Wie hoch war in 2017 die Anzahl der Sozialbestattungen in Marburg und welche Kosten wurden seitens der Stadt Marburg dafür aufgewendet? Laut Medienberichten konnten sich 21.500 Menschen im vergangenen Jahr in Deutschland die Bestattung Angehöriger nicht leisten und mussten dafür Unterstützung vom Sozialamt in Anspruch nehmen. Die sogenannten Sozialbestattungen kosten die Kommunen in Deutschland im vergangenen Jahr etwa 60 Millionen Euro.

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 4 - Arbeit, Soziales und Wohnen
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Bestattungspflichtige Angehörige oder Leiter*innen von Einrichtungen, wie z.B. dem Universitätsklinikum Gießen-Marburg oder stationären Pflegeinrichtungen, können gem. § 74 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) beim zuständigen Sozialhilfeträger beantragen, von Bestattungskosten entlastet zu werden, wenn

- der Nachlass der verstorbenen Person nicht ausreicht, die Bestattungskosten zu decken, oder
- den Angehörigen einer verstorbenen Person aufgrund ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse diese Kostenübernahme unzumutbar ist.

Der örtliche Sozialhilfeträger ist jeweils zuständig für Verstorbene, die

- zuvor von ihm Sozialhilfe bezogen haben oder,
- die ohne vorherigen Sozialhilfebezug in seinem Zuständigkeitsbereich verstorben sind.

Gesamt-Fälle 2017	**aufgewendete Sozialhilfe insgesamt**	**davon**
43	80.921,25 €	21 Fälle verstorbene Leistungsempfänger*innen von SGB XII-Leistungen (Ausgaben hier: 42.236,76 €)
		22 Fälle in Marburg Verstorbene, für die wegen des Sterbeorts die Zuständigkeit gegeben ist (Ausgaben hier: 38.684,49 €)

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:
Wie hoch war in 2017 die Auslastung des Parkhauses am Pilgrimstein, wie viel Fahrbewegungen aus dem bzw. in den Pilgrimstein gab es dabei in etwa durchschnittlich pro Tag und wie hoch war die städtische Subventionierung (Einnahmen/Ausgaben) des Parkhauses?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Die Auslastung des Parkhauses Oberstadt im Jahr 2017 lag an Werktagen zwischen 9:00 Uhr und 19:00 Uhr durchschnittlich zwischen 70 und 80 Prozent. An Sonn- und Feiertagen im gleichen Zeitraum lag die Auslastung bei ca. 50 Prozent.
In Spitzenzeiten vor Weihnachten verzeichnet das Parkhaus Oberstadt sehr häufig eine Auslastung von 100 Prozent.
An Werktagen wurden 2017 im Durchschnitt ca. 690 Ein- und Ausfahrten und an Sonn- und Feiertagen im Durchschnitt ca. 370 Fahrbewegungen in bzw. aus dem Parkhaus Oberstadt registriert.
Bekanntermaßen befindet sich das Parkhaus Oberstadt bereits seit vielen Jahren im Besitz der Stadtwerke Marburg. Eine Subventionierung durch die Stadt findet demgemäß nicht statt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Henning Köster
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:
Wie soll an und um die Weidenhäuser Brücke während der Vollsperrung und danach der nichtmotorisierte Verkehr von Menschen mit Behinderung, vor allem RollstuhlfahrerInnen barrierefrei gestaltet werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Die Verwaltung arbeitet derzeit mit Nachdruck an Umleitungskonzepten für den motorisierten Individualverkehr, den Radverkehr und natürlich auch den Fußgängerverkehr. Diese Konzepte werden auch Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Barrierefreiheit, sowohl für gehbehinderte, als auch für sehbehinderte Menschen enthalten.

Die Umleitungskonzepte werden im Rahmen der Informationsveranstaltung zur Sanierung der Weidenhäuser Brücke am 7. Februar 2018 öffentlich vorgestellt.

Auf besondere Bedürfnisse kann natürlich auch noch während der Bauarbeiten eingegangen werden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:
Der Lokschuppen auf dem Waggonhallengelände sollte binnen Jahresfrist (2017) an den neuen Investor verkauft werden. Ist der Kaufvertrag mittlerweile von allen Vertragspartnern notariell unterschrieben? Falls nicht, worin liegen die Gründe für die Nichtunterzeichnung?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:
Der Kaufvertrag ist (Stand 18.01.2018) noch nicht unterschrieben. Ein Entwurf ist ausgearbeitet und steht kurz vor dem Abschluss. Die Gründe für die bisherige Nichtunterzeichnung liegen im Wesentlichen darin, dass sich die Stellplatzfrage als komplexer herausgestellt hat, als ursprünglich erwartet wurde.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Heck erklärt damit die Fragestunde für beendet. Die Antworten auf die Fragen Nr. 15 bis 21 werden nach Beendigung der Fragestunde an die Fragesteller/innen verteilt. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

---

zu 11.2 Antrag der Fraktion FDP/MBL betr. Dauerhafter Posten von Polizei und Ordnungsamt an den Lahnterrassen
Vorlage: VO/5867/2017

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes um 18:35 Uhr übernimmt Stadtverordnetenvorsteherin Wölk wieder die Sitzungsleitung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Ditschler, Bastian, Severin, Stahl, Seipp, Köster-Sollwedel, Bokelmann und Bürgermeister Stötzel.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:
Ja: FDP/MBL
Nein SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Enthaltung: keine

---

zu 11.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betreffend "Stadtteilkonzept Richtsberg erstellen"
Vorlage: VO/5873/2017

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Dort wurde zunächst über Änderungsanträge der Marburger Linke und der Fraktion B90/Die Grünen abgestimmt, die jedoch keine Mehrheit fanden. Einem von SPD, CDU und BfM eingebrachten Änderungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Dieser hat sich im Rahmen seiner Beratung nur mit dem Ursprungsantrag befasst, dem der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung empfiehlt.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Lotz-Halilovic, Pfalz, Kula, Seitz und Oberbürgermeister Dr. Spies. Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin analog dem Vorgehen im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung abstimmen.

Zunächst ruft Stadtverordnetenvorsteherin Wölk die im Ausschuss von der Fraktion Marburger Linke eingebrachte geänderte Antragsfassung zur Abstimmung auf. Diese wird mit folgendem Ergebnis abgelehnt:

Ja: Marburger Linke, Piratenpartei
Nein SPD, CDU, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen, FDP/MBL

Im Anschluss wird über den im Ausschuss eingebrachten Änderungsvorschlag der Fraktion B90/Die Grünen abgestimmt. Auch dieser wird mehrheitlich mit folgendem Ergebnis abgelehnt:

Ja: B90/Die Grünen, FDP/MBL
Nein SPD, CDU, BfM
Enthaltung: keine
Die Fraktion Marburger Linke und der Vertreter der Piratenpartei nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Es folgt die Abstimmung über den von SPD, CDU und BfM im Ausschuss eingebrachten Änderungsvorschlag.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat bei der Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Stadtentwicklung die Beschlüsse des Ortsbeirats Richtsberg vom 21.09.2017 und vom 23.11.2017 entsprechend zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, BfM
Nein Marburger Linke
Enthaltung: B90/Die Grünen
Die FDP/MBL-Fraktion und der Vertreter der Piratenpartei nehmen nicht an der Abstimmung

teil.

---

zu 11.4 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Sicherer Fußweg Bei St. Jost - Änderung der Verkehrsführung der Zufahrt zur Tankstelle Marburg-Mitte Vorlage: VO/5890/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antragstext wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Annahme, dem Ursprungsantrag mehrheitlich die Ablehnung.

Weiterhin berichtet für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt analog der Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr dem Ursprungsantrag mehrheitlich die Ablehnung und der geänderten Antragsfassung mehrheitlich die Annahme. Aussprache wurde angemeldet. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Nezi, Bamberger, Frese, Köster-Sollwedel, Dr. Longo, Bauder-Wöhr, Schmidt, Pfalz und Bürgermeister Stötzel. Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann stellt den Geschäftsordnungsantrag den Antrag zu vertagen. Für den Geschäftsordnungsantrag stimmt die FDP/MBL-Fraktion, dagegen die Fraktionen von SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM und der Vertreter der Piratenpartei bei Enthaltung der Marburger Linke. Der Geschäftsordnungsantrag ist damit abgelehnt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt anschließend zunächst über den Ursprungsantrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja:	B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein	SPD, CDU, BfM
Enthaltung:	FDP/MBL

Die ursprüngliche Fassung des Antrages ist damit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag in der geänderten Fassung.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, in Abstimmung mit Hessen Mobil zu prüfen, wie die Verkehrsführung am Verbindungsweg zwischen der Esso-Tankstelle an der B3-Ausfahrt Marburg-Mitte und der Straße Bei St. Jost entschärft werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, BfM, FDP, Piratenpartei
Nein	B90/Die Grünen
Enthaltung:	Marburger Linke, MBL

---

zu 11.5 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Keine Deklaration weiterer Teile der B3 als Autobahn Vorlage: VO/5898/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Dort wurde eine konkurrierende Fassung des Antrages eingebracht. Dieser empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Annahme, dem Antrag in seiner ursprünglichen Fassung mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

Weiterhin berichtet für den Haupt- und Finanzausschuss der Vorsitzende, Stadtverordneter

Pfalz. Der Antrag wurde dort nicht beraten und eine Empfehlung somit nicht ausgesprochen.

Es folgt die Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Seitz, Hussein, Pfalz, Kula und erneut Seitz beteiligen. Dieser zieht zum Ende seines Redebeitrages den Antrag für die Fraktion B90/Die Grünen zurück.

Im Anschluss nimmt Oberbürgermeister Dr. Spies für den Magistrat Stellung.

Während des Tagesordnungspunktes hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner die Sitzungsleitung von 21:30 Uhr bis 21:40 Uhr inne.

---

zu 4 Vollzug Haushalt 2017
Überschreitung des Ansatzes für die Fraktionszuschüsse
Vorlage: VO/6000/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt

1. **davon Kenntnis, dass der Haushaltsansatz für die Fraktionszuschüsse im Haushaltsjahr 2017 um 15.000 € überschritten wird**

und beschließt

2., dass auf die Vorbelastung des Budgets des Folgejahres verzichtet wird.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 5 Jahresrechnung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: VO/6019/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

1. **Der geprüfte Jahresabschluss 2015 in der Fassung vom 01.08.2017 (Vorlagen-Nr. VO/5737/2017) wird beschlossen und damit werden die Ergebnisse der Jahresrechnung wie folgt festgesetzt:**

Jahresergebnis des Ergebnishaushalts (Überschuss):	**31.072.375,68 €**
Finanzmittelüberschuss:	**13.905.103,38 €**
Finanzmittelbestand zum 31.12.2015:	**15.349.004,30 €**

2. **Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Universitätsstadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Prüfungsamtes gem. § 114 HGO Entlastung erteilt.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 6 Kanalgebührenhaushalt Nachkalkulation 2016 und Gebührenkalkulation 2018
Vorlage: VO/5974/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst die folgenden Beschlüsse:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem als Anlage beigefügten Gutachten zur Nachkalkulation der Abwassergebühren für das Jahr 2016 sowie der Abwassergebührenkalkulation für das Jahr 2018 auf der Basis eines kalkulatorischen Zinssatzes von 4,2 % und von Abschreibungen auf Wiederbeschaffungszeitwerten zu.**

2. **Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Erstattung des ausgewiesenen Überschusses der Straßenentwässerung für das Jahr 2016 in Höhe von 48.730,86 EUR an die Universitätsstadt Marburg zu.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 7 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 22/3 in Marburg-Hermershausen, nördlich "Am Kuhweg"
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung eingegangener Anregungen
- Zustimmungsbeschluss
Vorlage: VO/6047/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage. Dies gilt auch für den Bau- und Planungsauusschuss, Liegenschaften, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich den Ausschussempfehlungen an und beschließt:

1. **Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 4 (2) und 4a (3) BauGB abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:**

   die aufgeführte Stellungnahme des RP Gießen wird nicht berücksichtigt; es werden keine Änderungen gegenüber dem Entwurf des Flächennutzungsplans notwendig;

2. **Der (Teil-) Änderung des Flächennutzungsplans Nr.22/3 im Bereich Marburg-Hermershausen, nördlich „Am Kuhweg“ mit Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 8 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 22/3 in Marburg-Hermershausen, nördlich "Am Kuhweg"
- Bericht über die Ergebnisse der Prüfung eingegangener Anregungen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/6044/2018

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt auch hier einstimmig die Annahme der Vorlage. Gleiches gilt für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer berichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt den Ausschussempfehlungen und fasst folgende Beschlüsse:

1. **Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 4 (2) und 4a (3) BauGB abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:**

   a) die unter der Nummer 1 aufgeführte Stellungnahme wird nicht berücksichtigt; es werden keine Änderungen gegenüber dem 2. Entwurf des Bebauungsplans notwendig;
   b) die unter der Nummer 2 aufgeführte Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt; es werden keine Änderungen gegenüber dem 2. Entwurf des Bebauungsplans notwendig.

2. **Der Bebauungsplan Nr. 22/3 im Bereich Marburg-Hermershausen, nördlich „Am Kuhweg“ mit Begründung und Umweltbericht wird als Satzung beschlossen.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 9 Jahresabschluss 2016 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/6032/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

1. **Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 6.460.719,60 EUR festgestellt. Der Jahresverlust i.H.v. -275.094,64 EUR wird aus der Ergebnisrücklage ausgeglichen.**

2. **Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 10 Dringlichkeitsanträge

zu 10.1 Dringlicher Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und Piratenpartei betr. Transparenz von Haushaltsentwürfen Vorlage: VO/6087/2018

Der Stadtverordnete Göttling begründet unter TOP 1 im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung die Dringlichkeit des Antrage, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Pfalz.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt anschließend über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Für die Dringlichkeit stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und die Piratenpartei.

Damit ist das nach § 58 Abs. 2 HGO für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter nicht erreicht.

Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Der Stadtverordnete Göttling gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

Anschließend nimmt der Oberbürgermeister zum Thema des Dringlichkeitsantrages Stellung. Der Stadtverordnete Göttling beantragt im Anschluss per Geschäftsordnungsantrag die Einberufung des Ältestenrates. Dem wird entsprochen, die Stadtverordnetenvorsteherin unterbricht die Sitzung um 17:36 Uhr und beruft den Ältestenrat ein. Um 18:02 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt.

zu 11 Anträge der Fraktionen

zu 11.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Einigung zur Trennungsrechnung und Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin Vorlage: VO/5664/2017

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Im Ausschuss wurde Absatz 4 des Beschlusstenors ergänzt und getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte beantragt. Punkt 1 und dem ergänzten Punkt 4 empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme, den Punkten 2, 3 und 5 mehrheitlich die Annahme.

Die gleiche Empfehlung spricht der Haupt- und Finanzausschuss aus, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, berichtet.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk verfährt analog dem Verfahren in den Ausschüssen und ruft die Punkte 1 bis 5 in getrennter Abstimmung auf mit folgenden Ergebnissen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg ein Fehler war und ist. Dementsprechend wurde deutschlandweit kein weiteres Universitätsklinikum in Deutschland privatisiert. Die Privatisierung ist mittlerweile elf Jahre realisiert. Es gilt verantwortlich im Status Quo zu handeln und das Uniklinikum Gießen-Marburg im Sinne der Patienten, der Beschäftigten und des Standorts zukunftsfähig aufzustellen.**

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein	keine
Enthaltung:	FDP/MBL

2. **Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass mit der neue Vereinbarung des Landes, die Rechtsunsicherheit für die Universität Marburg und der Universität Gießen bezüglich der Trennungsrechnung beendet wurde. Die Mehrforderungen von Rhön in der Höhe von 25 Millionen und die rückwirkende Abgeltung waren völlig überzogen und hätten eine enorme Belastung für unsere Universität bedeutet. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt, dass diese Summe deutlich herunter gehandelt wurde und die jährliche Erhöhung nicht von den Universitäten, sondern von der Landesregierung übernommen wird.**

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, B90/Die Grünen, FDP/MBL
Nein Marburger Linke, Piratenpartei
Enthaltung: CDU, FDP/MBL, BfM

3. **Die Stadtverordnetenversammlung hat sich immer wieder dafür eingesetzt, dass die ahrelange Blockade des vom Land zugesprochenen Investitionskostenzuschuss aufgelöst wird. Sie kritisiert die Rhön AG für die Verweigerungshaltung, die vereinbarte Besetzung der Aufsichtsratsitze durch das Land umzusetzen, und damit diese Blockade verantwortete. Die Stadtverordnetenversammlung hält weiterhin den Einfluss des Landes durch die Aufsichtsratssitze für geboten und betrachtet die andauernde Blockadehaltung der Rhön AG als einen Fehler für alle Beteiligten. Gleichzeitig ist es gut, dass durch die Neuverhandlung der Trennungsrechnung und durch einmaligen Investitionszuschuss von Seiten des Landes nun dringend notwendige Investitionen zum Wohle der Patienten im Klinikum angegangen werden können.**

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, B90/Die Grünen
Nein Marburger Linke, Piratenpartei
Enthaltung: CDU, FDP/MBL, BfM

4. **Die Stadtverordnetenversammlung hat sich stets für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten am Universitätsklinikum eingesetzt. Zu Gunsten aller Beschäftigten wurde ein Verbot von betriebsbedingten Beendigungs- und Änderungskündigungen, eine Übernahmegarantie für alle Auszubildenden, die ihre Ausbildung mit 3,0 oder besser abschließen, und ein Verbot der Ausgliederung von Betriebsteilen zugesagt. Dies ist ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit der Beschäftigten.**

   Um eine Umsetzung des Zukunftspapiers für die Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin zwischen dem Land Hessen und dem UKGM zu sichern und somit eine Arbeitsplatzsicherung für die Beschäftigten zu gewährleisten, müssen die folgenden Regelungen tarifrechtlich vereinbart werden:
   - **Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen**
   - **Ein Ausgliederungsverbot für Betriebsteile**
   - **Die Übernahme der Auszubildenden am Ausbildungsort**

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei
Nein keine
Enthaltung: CDU, BfM

5. **Die Stadtverordnetenversammlung hat sich mehrfach besorgt um die Sicherung und Zukunftsfähigkeit des Standort Marburgs beim Uniklinikum Gießen-Marburg gezeigt. Neben dem realisierten und erfolgreich arbeitenden Partikeltherapiezentrum sind nun endlich die dringend benötigten Sanierungen und Modernisierungen der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Psychiatrie, der Zentral-OP und der Inten-**

sivstationen im 1. Bauabschnitt in Aussicht. Insgesamt hat sich die Rhön AG und das UKGM zu 100 Millionen Gesamtinvestition bis 2021 verpflichtet.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, B90/Die Grünen
Nein Marburger Linke, Piratenpartei
Enthaltung: CDU, FDP/MBL, BfM

---

zu 11.6 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Benennung des Allianz-Hauses
Vorlage: VO/5899/2017

Zu dem Tagesordnungspunkt ist Aussprache angemeldet, die aus Zeitgründen nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion deshalb erneut vertagt.

---

zu 11.7 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Hessenticket für Kommunale Beschäftigte
Vorlage: VO/5984/2017

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss durch die antragstellende Fraktion bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt.

---

zu 11.8 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Nutzerfreundlichkeit und Vollständigkeit von Allris
Vorlage: VO/5986/2017

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dort wurde getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte beantragt. Punkt 1 des Berschlussvorschlages empfieht der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung, den Punkten 2 und 3 einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt ebenfalls über die Punkte 1 bis 3 getrennt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschießt:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass

1. In den Allris Terminkalender alle Termine zu Einladungen, die an Stadtverordnete über die Stadtverwaltung ergehen, eingetragen und der Adressatenkreis hinterlegt wird.

Abstimmungsergebnis:
Ja: B90/Die Grünen, Piratenpartei
Nein SPD, CDU, BfM
Enthaltung: Marburger Linke, FDP/MBL

Punkt 1 des Beschlussvorschlages ist damit mehrheitlich abgelehnt.

2. **Im Allris eine Funktion eingerichtet wird, die es ermöglicht, individuell ausgewählte Termine in den persönlichen Terminkalender der Nutzerinnen und Nutzer einzutragen.**

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM
Nein keine
Enthaltung: Marburger Linke, Piratenpartei

Punkt 2 des Antrages ist damit einstimmig angenommen.

3. Im Allris auch zur Kenntnis gegebene Antworten auf Große Anfrage der Fraktionen und andere Anlagen als Dokumente aufrufbar sind.

Abstimmungsergebnis:
Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM
Nein keine
Enthaltung: Marburger Linke, Piratenpartei

Punkt 3 des Antrages ist damit ebenfalls einstimmig angenommen.

---

zu 11.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan
Vorlage: VO/6018/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung und im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt.

---

zu 11.10 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Zukunft der ungenutzten Spielgeräte auf dem Gelände des ehemaligen "Camp Cappel"
Vorlage: VO/6020/2017

Für den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Böhm. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Ausschussempfehlung an und beschließt:

Der Magistrat möge mit dem Land Hessen über eine weitere Verwendung der Spielgeräte auf dem Gelände der ehemaligen Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung, Außenstelle Cappel verhandeln. Ziel soll eine Weiternutzung der Spielgeräte auf öffentlichen Marburger Spielplätzen und/oder Außenbereichen von Marburger Kindertagesstätten sein.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

---

zu 11.11 Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Bericht zum Sachstand des Bildungsbauprogrammes
Vorlage: VO/6021/2017

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Sachstand des Bildungsbauprogrammes (BiBaP) (schriftlich) zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

---

zu 11.12 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Rücknahme der Fahrplanänderungen der Linien 2 und 7
Vorlage: VO/6024/2017

Der Antrag wurde im Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zurückgestellt.

---

zu 11.13 Antrag der Fraktionen von Bürger für Marburg, SPD und CDU betr. Schilderreinigung
Vorlage: VO/6026/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Dem Ausschuss lag ein Änderungsantrag vor, dem der Ausschuss mehrheitlich die Ablehung empfiehlt. Dem Ursprungsantrag empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung. Aussprache war angemeldet, wurde jedoch vor der Sitzung zurückgezogen.

In Anlehnung an das Vorgehen im Ausschuss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zunächst über den Änderungsantrag abstimmen mit folgendem Ergebnis:

Ja:	keine
Nein	SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM, Piratenpartei
Enthaltung:	keine

Der Änderungsantrag ist damit einstimmig abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst anschließend folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu veranlassen, Straßenschilder, Masten und Laternen von Aufklebern und Klebeschildern zu befreien und dafür zu sorgen, dass Neubeklebungen zeitnah ebenfalls beseitigt werden. Dies soll schwerpunktmäßig an stark betroffenen Stellen mit hoher Aufenthaltsqualität erfolgen. Vor der Aufnahme der Tätigkeit sind eine erster Gebietsvorschlag und eine Aufwands- und Kostenschätzung vorzulegen.

Sollten Schilder betroffen sein, die in die Zuständigkeit von Hessen Mobil fallen, so ist Hessen Mobil aufzufordern, die Schilder von den Stickern unverzüglich zu befreien.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Nein	B90/Die Grünen, Marburger Linke, Piratenpartei
Enthaltung:	keine

---

zu 11.14 Antrag der Fraktionen CDU, SPD und BfM betr. Schutz von Insekten
Vorlage: VO/6027/2017

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Annahme.

Stadtverordnetenvorsteherin Wölk lässt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadt Marburg verbietet den Einsatz der Pestizide Glyphosat als Mono- oder Beigabeprodukt sowie alle weiteren direkt oder indirekt insektenschädigenden Pflanzengifte auf stadteigenen Flächen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM, Piratenpartei
Nein	Marburger Linke, FDP/MBL
Enthaltung:	keine

---

zu 12 Kenntnisnahmen

---

zu 12.1 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 31.12.2017
Vorlage: VO/6038/2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Zusammenstellung der den Dezernaten zugeordneten Budgets zur Kenntnis.

---

zu 12.2 Jahresbericht des Antikorruptionsbeauftragten
Vorlage: VO/6045/2018

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorliegenden Jahresbericht 2017 des Antikorruptionsbeauftragten zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Stadtverordnetenvorsteherin Wölk dankt allen Anwesenden und schließt die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 22:10 Uhr.

Marburg, 05.02.2018

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Roger Pfalz
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Lothar Sprenger
Protokoll

Anlagen:
Antworten auf die Kleinen Anfragen Nr. 15 bis 21

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Das Besteigen der Augustenruhe ist durchaus lohnenswert, die Besucher_innen werden für ihren Aufstieg mit einem hervorragenden Blick auf den Marburger Schlossberg und weiten Teilen der Stadt Marburg belohnt, der Anblick dieses schönen Ortes jedoch ist jämmerlich.
Ist es möglich im Zuge des Großreinemachens in der Stadt Marburg diesen beschaulichen wunderschönen Ort vom Müll zu befreien und freundliche Hinweise anzubringen - Müll wegzuschmeißen an diesem Ort zu unterlassen ?

Stellungnahme/Antwort durch:	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Verschiedene zuständige Fachdienste und externe Stellen werden untereinander abstimmen, mit welchen Maßnahmen die Situation verbessert werden kann.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Jens Seipp
Fraktion / Partei:	CDU

Frage:

Kann das Plakat "Refugees Welcome" am Gebäude des DBM in Richtung B3 entfernt werden, da es inzwischen witterungsbedingt nicht mehr schön anzusehen ist?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das „Refugees Welcome“-Plakat am Gebäude des DBM, wie es von der B3 in Richtung Süden zu sehen ist, ist tatsächlich von der Witterung mitgenommen. Ob der Zustand es jedoch notwendig macht es zu entfernen, ist angesichts der weiterhin guten Erkennbarkeit nicht eindeutig festzustellen. Entscheidungen zu Fragen des solidarischen Umgangs mit Geflüchteten in der Universitätsstadt werden in der Regel einmütig getroffen. Um auch diese Entscheidung möglichst einmütig mit der auf dem Plakat abgebildeten Stadtverordnetenversammlung zu treffen, wird der Magistrat hierzu die Abstimmung mit dem Ältestenrat suchen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Die Sperrung der Weidenhäuser Brücke 2018 wird zu erhöhtem Verkehrsaufkommen über den Rudolphsplatz führen. Dort ist es bereits jetzt für Fahrradfahrer(innen) sehr gefährlich, da keinerlei eigene Spuren für sie existieren. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Gefahrensituationen a) während der Baumaßnahmen und b) langfristig zu entschärfen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Sperrung der Weidenhäuser Brücke wird die Verkehrssituation im Umfeld des Rudolphsplatzes entschärfen. Durch den Wegfall der Einbieger aus Richtung Weidenhäuser Brücke sowie des Linksabbiegers aus Richtung Rudolphsplatz fallen prinzipiell kritische Verkehrsströme weg, so dass sich mögliche Unfallgefahren reduzieren. Mittelfristig wird die Umgestaltung des Rudolphsplatzes dazu beitragen, dass das Miteinander der verschiedenen Verkehrsarten verträglicher wird.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Gibt es für die geplante Vollsperrung der Weidenhäuser Brücke eine aktuelle, schriftliche Gefahren- und Risikoanalyse, in der u.a. die Problematik der An- und Abfahrt für die Hauptfeuerwache am Erlenring belastbar thematisiert und abgewogen wird?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 37 - Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Eine Gefahren- und Risikoanalyse in einer standardisierten Form gibt es für die geplante Vollsperrung und somit auch für das Problemfeld „An- und Abfahrt der Hauptfeuerwache am Erlenring“ nicht.
Grundsätzlich wurde innerhalb der Sanierungsplanung darauf geachtet, dass über die gesamte Baumaßnahme die gesetzliche Hilfsfrist von 10 Minuten eingehalten werden kann; dies sowohl in den hauptamtlichen Versorgungszeitfenstern, als auch in denen der ehrenamtlichen Kräfte der Feuerwehr Marburg.
Es wurden umfangreiche Planungen zur Optimierung der Anrückesituation und Änderungen innerhalb der Ausrückebereiche vorgesehen, um das Schutzziel zu erreichen.
Eine engmaschige Überwachung und Nachsteuerungsmaßnahmen sind vorbereitet.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Kann der Magistrat bestätigen, dass in und/oder am Alten Botanischen Garten Drogen gehandelt werden und/oder es zu (klein-)kriminellen Zwischenfällen kommt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Für Straftaten ist die Polizei zuständig und nicht der Magistrat.
Auf Anfrage teilt die Polizei mit, dass es für den Bereich in und um den Alten Botanischen Garten keine statistischen Erhebungen über Straftaten gibt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Dr. Hermann Uchtmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wird das KIP mit dem BiBaP-Budget verrechnet oder wird es additiv zum BiBaP-Budget gehandhabt? Wie hoch ist ggf. der KIP-Anteil im BiBaP-Budget?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das KIP-Schule wird für die Maßnahmen des BiBaP verwendet.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2018

Fragesteller/in:	Dr. Hermann Uchtmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Haben sich im Rahmen der BiBaP-Bauarbeiten in und an Schulen Probleme mit Asbest ergeben? Falls ja: wo?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Vor Baumaßnahmen lässt der Fachdienst Hochbau generell Gebäudeteile untersuchen, welche möglicherweise asbestbelastet sind. So auch bei den BiBaP-Bauarbeiten.

Asbestfreie BiBaP-Maßnahmen waren bzw. sind:

Gerhard-Hauptmann-Schule – Sanierung der Turnhalle
Sophie-von-Brabant-Schule, Standort Willy-Mock-Str. – Sanierung der Lehrküche
Sophie-von-Brabant-Schule, Standort Uferstr. – Sanierung der Fassade
Sophie-von-Brabant-Schule, Standort Uferstr. – Sanierung Mädchen-WC
Martin-Luther-Schule – Sanierung des Lehrerzimmers
Gymnasium Philippinum – Dachsanierung der Turnhalle

Asbest wurde bei folgenden Maßnahmen gefunden:

Kaufmännische Schulen Marburg – Sanierung des Lehrerzimmers (Fliesenkleber der Lehrerküche, Entsorgung erfolgte fachgerecht)
Adolf-Reichwein-Schule, Fassadensanierung Block E (Flanschdichtungen)
Waldschule Wehrda – Sanierung Cafeteria (Fensterbänke, Entsorgung erfolgt in 2018 fachgerecht. Wandfarben und Deckenplatten enthalten kein Asbest)
Waldschule Wehrda – Sanierung Schüler-WC (Dachkantenbekleidung und WC-Abtrennungen, Entsorgung erfolgt in 2018 fachgerecht)

Alle weiteren BiBaP-Maßnahmen werden Zug um Zug untersucht, sofern die Gefahr von asbesthaltigen Bauteilen besteht und nicht ohnehin offensichtlich ist.

Wieland Stötzel
Bürgermeister